

Forum Alpbach: Wirtschaft braucht Umsetzer, keine Ankündigungskaiser!

„Arbeitszeitflexibilisierung – aber ohne Lohnverlust –, ein effizientes Bildungssystem und Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, die Menschen länger in Arbeit zu halten. Das sind die zentralen Themen der Zukunft. Die Antworten der Politik erschöpfen sich bisher nur in Ankündigungen, jene der Gewerkschaften in Klassenkampf“, zog RfW-BO WKÖ-Vizepräsident Amann seine Bilanz über die Alpbacher Reformgespräche.

Der Fehler beginne schon im Bildungssystem und Ende beim Thema Forschung und Innovation. „Das bisher praktizierte „Gießkannenprinzip“ bei der Forschungsförderung bringt uns nicht weiter. Hier braucht es klare Ziele und einen klaren Fokus. Sonst endet Österreich irgendwann als Produzent von Billigprodukten, während in China Hightech hergestellt wird.“ Einmal mehr erneuert der RfW-

Obmann auch seine Forderung nach dem modularen Aufbau der dualen Ausbildung. Ohne Flexibilisierung der Arbeitszeiten werde es in Zukunft nicht gehen.

Würden die Gewerkschaften zuhören, wüssten sie, dass das auch für Arbeitnehmer Vorteile bringt. Amann: „Eine Durchrechnung der Arbeitszeit via Zeitkonto bedeutet keinen Lohnverlust. Sie bedeutet finanzielle Planungssicherheit für jeden Arbeitnehmer. Würden sich die Gewerkschaften auf diesem Ohr nicht „taustellen“, müssten sie wissen, dass das eine für ihre Klientel deutlich besser Lösung wäre als Kurzarbeit oder der verstärkte Einsatz von Zeitarbeitern.“

In der Frage des Pensionsantrittsalters plädiert der RfW-Obmann für das Modell einer Gleitpension „mit einem Bonus-Malus-System, das auch mathematischen Berechnungen



standhält“. Dass Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt mit solchen Problemen zu kämpfen hätten, dafür zeichne die Politik verantwortlich. „Österreichs Wirtschaft braucht Umsetzer, keine Ankündigungskaiser oder Verhinderungsweltmeister wie die Gewerkschaften“, so Amann abschließend.

Strafsteuer für Überstunden? - ÖGB verlässt den gemeinsamen Weg der Sozialpartnerschaft!



Als völlig absurde Forderung bezeichnet LO WKV-Vizepräsident Ing. Edi Fischer, den Vorschlag des ÖGB-Metallerverhandlungschef

Wimmer nach einer Strafsteuer für Unternehmer für Überstunden.

Fischer dazu: „Mit diesem Anliegen zeigt der ÖGB, dass er keine Ahnung von der Wirtschaft hat und auch nicht weiß, wie man betriebswirtschaftlich erfolgreich sein kann und damit Arbeitsplätze sichert. Schlimmer ist aber noch, dass dieser wohl wahltaktische Klassenkampf auch zu Lasten der Mitarbeiter geht, denen nun die Möglichkeit für Zusatzeinkommen genommen wird.“

Mit solchen Forderungen verlässt der ÖGB den gemeinsamen Weg der Sozialpartnerschaft. Diese Leute sind sowieso keine Verhandlungspartner, denn sie haben keine Handschlagqualität wie sie in Sachen Arbeitszeit-

flexibilisierung immer wieder zeigen. Trotz Zusagen wird weiter gemauert und nun sogar mit Strafsteuern gedroht. Diese Vorgangsweise muss daher entschieden abgelehnt werden, so Fischer.

Der ÖGB gefährdet mit solchen Forderungen nicht nur den Wirtschaftsstandort, sondern auch den sozialen Frieden. Sollte dieser Vorschlag umgesetzt werden, dann droht ein völlig neues Zeitalter der Erwerbstätigkeit, nämlich die Leasingarbeit. Jeder Unternehmer ist gut beraten, wenn es die Lage erfordert, für Auftragsspitzen Leasingarbeiter zu organisieren. Wenn das im Sinne des ÖGB ist, dann gute Nacht Arbeitnehmer, denn von so einer Interessensvertretung will niemand vertreten werden, so Fischer.